

35 Zentimetern. Jeder Zentimeter ist entscheidend. 35 Zentimeter können ein Segen für die Menschen am Fluss sein.

Segensreich ist übrigens auch unser großes Bayernprojekt für eine sichere Trinkwasserversorgung. Ich lege Wert darauf, dass mit diesem Projekt jede einzelne Wassergewinnungsanlage im Freistaat auf ihr Gefährdungspotenzial hinsichtlich Überschwemmungen untersucht wird. Für mich ist das die beste Garantie für gutes Trinkwasser in Bayern auch in der Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weltklimakonferenz in Paris ist dem Terror vom 13. November 2015 nicht gewichen. Fast alle Staaten sind vertreten. Fast alle haben Klimapläne vorgelegt. Der französische Präsident hat die Verantwortung unserer Generation auf den Punkt gebracht – ich zitiere ihn –: Wir müssen unseren Kindern nicht nur eine Welt ohne Terror hinterlassen; wir schulden ihnen auch eine Welt, die vor Katastrophen geschützt wird.

(Beifall bei der CSU)

Demokratie lebt vom Streit der Parteien und der Interessen. Bei der großen Aufgabe unserer Generation hinsichtlich der internationalen Sicherheit und der Verantwortung für die Schöpfung müssen wir aber zusammenrücken. Handeln wir gemeinsam für die schwächste Lobby in unserer Demokratie; geben wir ihr Stimme und Gewicht – den kommenden Generationen. Das passt zu Bayern, dem Land der Nachhaltigkeit, unserer Heimat, deren größter Schatz die aus der Landwirtschaft geprägte Kultur des langfristigen Denkens ist.

Wir denken über Generationen hinweg. Beweisen wir gemeinsam: Wir in Bayern sind dem weiß-blauen Himmel näher als andere, und wir handeln aus Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für die kommenden Generationen. In Bayern nehmen wir diese Verantwortung mit unserer Klimapolitik an: lokal, regional und global, als Bayern im Herzen heute und als Bürger in Verantwortung für morgen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne die Aussprache. Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Gesamtredzeit der Fraktionen von 96 Minuten vereinbart. Für die CSU-Fraktion sind es 32, für die SPD-Fraktion 24 und für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten.

Ich darf jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst namens meiner Fraktion unsere Irritation darüber zum Ausdruck bringen, dass die Ministerin heute zur Tagesaktualität, nämlich zum Verbraucherschutzskandal bei Bayern-Ei, überhaupt kein einziges Wort verloren hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Buh!)

Frau Ministerin, wir empfinden es als große Respektlosigkeit gegenüber dem Hohen Haus, gegenüber der bayerischen Öffentlichkeit und auch gegenüber den Opfern des Salmonellenskandals, dass Sie heute dieses Thema

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

gänzlich ausgeklammert haben, ist es doch von besonderer Bedeutung. Heute haben der Bayerische Rundfunk und die "Süddeutsche Zeitung" ein Gutachten eines renommierten Lebensmittelrechtlers veröffentlicht.

(Zuruf von der CSU: Thema!)

Die 40-seitige Stellungnahme ist eine Anklage gegen die Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU: Thema! – Gegenruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Frau Ministerin hat gar nichts gesagt!)

In der Bayern-Ei-Affäre ist deutsches und europäisches Recht gebrochen worden. Der Nachweis ist erbracht, dass Frau Ministerin Scharf die Öffentlichkeit falsch informiert und mit Unwahrheiten bedient hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hör! Hör!)

Die Regierung hätte im Sommer 2014 über die Salmonellengefahr informieren und einen öffentlichen Rückruf von Eiern veranlassen müssen. Ein Vorwurf ist besonders gravierend: Ein Todesfall hätte mit einem korrekten Vorgehen dieser Regierung womöglich verhindert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so leicht, wie Sie, Frau Ministerin Scharf, meinen, sich durch bloßes Schweigen und totale Ignoranz der Verantwortung entziehen zu können, so leicht werden wir Sie nicht davonkommen lassen. Der Landtag wird sich gezwungen sehen, Ihre Rolle in dieser Affäre tiefergehend zu untersuchen, ebenso im Übrigen auch die Rolle Ihres Vorgängers Marcel

Huber, der laut Gutachten ganz offensichtlich eklantete, ja fatale Versäumnisse zu verantworten hat.

Frau Ministerin Scharf, Sie sind jetzt 440 Tage im Amt und haben heute Ihre erste Regierungserklärung gehalten. Die Erwartungen waren hoch. Wir hatten ein konkretes Mehr-Punkte-Aktionsprogramm zur Erreichung eines ehrgeizigen Klimaziels in Bayern erwartet. Wir hatten einen ersten Entwurf oder zumindest die Ankündigung eines bayerischen Klimaschutzgesetzes erwartet, wie es in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen und in Bremen längst Realität ist. Wir hatten eine klare Bestandsaufnahme erwartet, die die bayerischen Problemzonen der Klimapolitik ausleuchtet und Wege aufzeigt, was kurz-, mittel- und langfristig zu tun und zu lassen ist. Wir hatten zumindest gehofft, dass Sie vielleicht das eine oder andere Geschenk für das Parlament mitbringen, dass Verbesserungen bei Haushaltsansätzen möglicherweise in Aussicht gestellt werden. – Nichts von alledem! Fehlanzeige! Sie haben heute erklärt, dass Sie nichts erklären. Diese Regierungserklärung hatte null Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Chance verpasst, einen kraftvollen bayerischen Akzent zur Pariser UN-Klimakonferenz zu setzen. Der Klimawandel ist nichts, was in den Wüsten Afrikas oder an den Gletschern der Antarktis beginnt und endet. 2015 wird in Bayern das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden – ein weiteres Rekordjahr nach dem Rekordjahr 2014. Neun der zehn wärmsten bayerischen Jahre waren nach dem Jahr 2010. Gemessen an den Niederschlägen erleben wir heuer das trockenste Jahr in Bayern seit 1946. Die lange Trockenperiode ist eine Belastung für die nordbayerischen Flüsse, Bäche und den Grundwasserpegel. Der Klimawandel bedroht auch die fünf bayerischen Alpengletscher. Seit der Industrialisierung haben sie durch Abschmelzen deutlich an Volumen, Fläche und Länge verloren. Im Jahr 1820 erreichte die Ausdehnung aller Gletscher in Bayern noch etwa 4 km². Heute ist mit etwa 0,7 km² weniger als ein Viertel davon übrig.

(Zuruf von der CSU: Nach China schauen!)

Die Alarmzeichen sind auch in Bayern unübersehbar. Wenn wir heute im Landtag in einem Punkt Konsens herstellen können, dann in der Überzeugung, dass wir nicht erst dann Maßnahmen ergreifen dürfen, wenn es schon zu spät ist.

Welche Konsequenzen politische Versäumnisse nach sich ziehen, sehen wir gegenwärtig in der Flüchtlingspolitik. Hätten wir nicht die vergangenen zehn Jahre

mehr oder minder tatenlos zugesehen, wie im Mittelmeer mehr als 30.000 unglückliche Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Folter ertrinken; hätten wir früher das getan, was zu tun war – Fluchtursachen bekämpfen, internationale Solidarität üben statt wegschauen, Entwicklungszusammenarbeit intensivieren –, dann stünde heute die Flüchtlingsthematik nicht mit dieser Dramatik auf der Tagesordnung. Klimaschutz ist Fluchtursachenbekämpfung. Wenn wir dabei scheitern, müssen wir laut einer Greenpeace-Studie schon in absehbarer Zeit mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen.

Heute war es Ihr Anliegen, Frau Ministerin, im Konzert der Pariser Klimakonferenz mitzusingen. Aber es gab keine bayerische Tonart, keinen bayerischen Rhythmus und keine bayerische Melodie. Das, was Sie auf internationaler Ebene unterstützen und einfordern, steht in deutlicher Diskrepanz zu dem, was Sie auf bayerischer Ebene liefern. Statt auf andere zu zeigen, sollten Sie lieber vor der eigenen Haustüre kehren. Sie haben heute zentrale Klimaschutzthemen Bayerns ausgeklammert. Ihre Ausführungen waren widersprüchlich. Ihre Zielkorridore halten einer Überprüfung in der Realität nicht stand. So sprechen Sie davon, dass wir aus der Kohle aussteigen müssten. In der realen Politik vertritt die CSU aber eine ganz andere Position. Nur einige Beispiele:

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel plante im vergangenen Jahr eine Sonderabgabe auf alte Kohlekraftwerke. Mit der Abgabe sollte erreicht werden, dass der Kohlendioxidausstoß bis 2022 um 22 Millionen Tonnen sinkt.

(Erwin Huber (CSU): Das hat doch geklappt!)

Was hat die CSU gemacht? - Sie hat in Berlin Front gegen mehr Klimaschutz gemacht!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Huber, wenn Sie die entsprechenden Zitate Ihres Ministerpräsidenten lesen wollen, dann kann ich sie Ihnen gern nachreichen.

Dass Sie jeden Ehrgeiz bei der Energiewende vermissen lassen, wurde hier im Hohen Haus schon vermehrt zum Thema gemacht. Sie haben mit der 10-H-Regelung ein Windkraftverhinderungsgesetz durchgesetzt, gegen das die SPD-Fraktion und andere im März dieses Jahres Verfassungsklage eingereicht haben. Über das Bayerische Energieprogramm von Ilse Aigner haben wir bereits im Oktober hier im Hohen Haus debattiert. Das Ergebnis war: Geht es nach der CSU, wird der Zubauwert erneuerbarer Energien immer mehr reduziert statt erhöht. Die Degression liegt mittlerweile bei 0,4 Prozentpunkte pro

Quartal. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur klimapolitisch problematisch, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich.

Frau Ministerin, Sie sprachen von einer "internationalen Karriere von Umweltschutz weiß-blau". Ich hatte das Vergnügen und die Ehre, die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zu einer Delegationsreise nach Teheran zu begleiten. Eine Anekdote möchte ich Ihnen erzählen. Wir hatten dort auch ein Gespräch mit dem iranischen Handelsminister. Schon nach fünf Minuten merkte er gegenüber 50 Zeugen an – es waren nämlich viele Unternehmer aus Bayern dabei –: Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien bekommen Sie in Bayern nicht so gut hin; insbesondere beim Windkraftausbau haben Sie erhebliche Probleme. –Das sagte uns der iranische Handelsminister. Kollege Markus Blume war dabei, die Ministerin natürlich auch. Ist das Werbung für die bayerische Umweltbranche? Das darf man wirklich in Zweifel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich vorstellen, dass das nicht nur für die Ministerin selbst ein peinlicher Moment war. Auch die mitgereisten Unternehmer, insbesondere die der Umwelttechnik, schauten betreten zu Boden; denn sie wollten eigentlich Werbung für ihre Produkte machen. Aber die bayerischen Produkte, die bayerische Umweltforschung, die bayerische Umweltwissenschaft, die bayerische Umweltwirtschaft sind viel besser als unsere bayerische Regierung – leider! Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mit dieser Politik sind Sie keine Unterstützung für die bayerische Umweltwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur mit der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien, sondern auch mit der Energieeinsparung macht diese CSU-Regierung leider nicht ernst. Auf Gebäude in unserem Land entfallen knapp 40 % des Energieverbrauchs. Von 8.000 staatlichen Gebäuden in Bayern sind nur 0,7 % energetisch saniert – 0,7 % von 8.000! Was tut die Regierung? Die CSU hat die Landesmittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude in den letzten Jahren systematisch zusammengestrichen statt erhöht. Sie hat die Landesmittel von 45 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 25 Millionen Euro im Jahr 2015 zusammengekürzt. Wie war es 2012 und 2013? Damals waren die Gelder sogar komplett gestrichen worden – null Euro!

Bleibt es bei der derzeitigen Mittelausstattung für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, wären die bayerischen Staatsgebäude erst in rund 80 Jahren saniert. Horst Seehofer wäre dann 146 Jahre alt und mutmaßlich nicht mehr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zur Energiewende gehört auch die Wärmewende. Die Staatsregierung muss ihre Hausaufgaben machen. Machen wir Bayern zum Vorreiter der energetischen Gebäudesanierung und setzen wir für den Mittelstand und das Handwerk ein Programm auf, das den Namen "Klimaschutzprogramm" tatsächlich verdient!

(Beifall bei der SPD)

Eines der drängendsten Probleme des Umweltschutzes hat die Ministerin heute ausgeklammert – den Flächenverbrauch. Dabei ist fruchtbarer Boden ein wertvolles, knappes Umweltgut. Nach den Meeren sind Böden der größte CO₂-Speicher der Welt. Sie binden mehr Kohlenstoff als alle Wälder zusammen. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag gegen die Erderwärmung und bedürfen deshalb des besonderen Schutzes.

Wie schaut es aus in Bayern? - Innerhalb von zehn Jahren ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche von Bayern um fast 600 km² angewachsen; man nennt das auch "Flächenfraß". 600 km² in zehn Jahren – das entspricht dem Dreifachen der Fläche der Frankentropole Nürnberg.

Bundesweit betrachtet nimmt Bayern im täglichen Flächenverbrauch den absoluten Spitzenplatz in Deutschland ein. Wir in Bayern sind weit entfernt von einer Flächenkreislaufwirtschaft. Eine Reduzierung des Flächenfraßes ist nicht in Sicht. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen. Diese Länder haben sich konkrete Flächensparziele gesetzt und diese mit Maßnahmenkatalogen und Zeitkorridoren unterlegt.

Was Sie in Bayern machen, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ist das glatte Gegenteil. Frau Scharf, Sie haben die Chance verpasst, Ihren Vorgänger Markus Söder daran zu erinnern, wie er zu seiner Zeit als Umweltminister Klimaschutz propagierte. Wir erinnern uns: Er war der Minister, der gern mit grüner Krawatte ins Kabinett ging. Heute propagiert er die Möglichkeit, Gewerbegebiete in Bayern leichter auszuweisen. Die Attacke auf das Anbindegebot ist eine Todsünde der bayerischen Landesplanung und ein Konjunkturprogramm für den Flächenfraß.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wenn es nach Ihrem Kollegen Markus Söder geht, sollen auch auf freiem Feld zwischen zwei Ortschaften Neuansiedlungen zulässig sein.

Eine direkte Anschlussbebauung an den Ortsrand ist dann nicht mehr zwingend vorgeschrieben. Ich sage: Das ist ein Anschlag auf die ästhetische Eleganz unseres Landes und unserer Kulturlandschaft.

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Architektenkammer, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, der BUND Naturschutz, der Landesverein für Heimatpflege, der Bayerische Städtetag, die Bayerische Akademie Ländlicher Raum – sie alle sprechen von einem Ausverkauf der bayerischen Kulturlandschaft. Die Staatsregierung handelt damit gegen den bundesweiten Trend.

Ich frage mich, Frau Umweltministerin: Haben Sie das jemals im Kabinett oder in Ihrer Fraktion zum Thema gemacht? Sind Sie jemals in den Verdacht geraten, dem Heimatminister in den Arm zu fallen, wenn er immer neue Flächen im Freistaat Bayern für Gewerbeansiedlungen ausweisen möchte? Ich habe keine öffentliche Stellungnahme von Ihnen gefunden. Ich finde, es ist Ihre Aufgabe, gerade in solch zentralen Fragen Ihre Stimme als Umweltministerin zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort haben Sie heute darüber verloren, wie Sie in Bayern einen klimafreundlichen Verkehr organisieren wollen. In Bayern stellt der Verkehrssektor den größten Emittenten der energiebedingten CO₂-Emissionen dar. Die Kritik der Experten fällt katastrophal aus. Im als Nachhaltigkeitsranking bundesweit anerkannten Bundesländerindex "Mobilität 2014/2015" der Allianz pro Schiene, wissenschaftlich begleitet von der Universität St. Gallen, nimmt Bayern eine schlechte Position – Platz 15 – ein. Das ist der vorletzte Platz! Beim Thema Klimaschutz befindet sich Bayern auf der letzten Position. Bei der Flächenschonung nimmt Bayern Platz 12 ein, bei der Luftqualität Platz 14 und bei der Lärmvermeidung Platz 12. Bayern schneidet hinsichtlich der nachhaltigen Mobilität insgesamt ausgesprochen schlecht ab.

Frau Ministerin, heute hätten uns Ihre Antworten auf die mitunter dramatischen Verkehrsprognosen bis zum Jahr 2030 in Bayern interessiert. Die Antworten blieben aber aus. Nach Prognosen des Bundesverkehrsministeriums wird der Güterverkehr bis zum Jahr 2030 um 38 % zunehmen. Allein bei den Lkws und Sattelzügen müssen wir bis zum Jahr 2025 mit einem Plus an CO₂-Emissionen von 9,4 Millionen Tonnen jährlich rechnen. Wir sind uns sicher einig, dass wir möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene verlagern müssen. Bayern ist in den letzten Jahren jedoch vieles nicht gelungen. Im Gegenteil, von 2009

bis 2013 sank der Anteil des Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs an der Güterverkehrsleistung in Bayern von 17,8 auf 16,8 %.

Tatsächlich ist während der Regierungszeit von Horst Seehofer beim Schienenverkehr nicht viel vorangegangen. Seit 15 Jahren warten die 800.000 Pendler auf die Zukunftsfähigkeit eines wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Nahverkehrs in der Region München. Was ist mit der 2. Stammstrecke? Was ist mit dem zweigleisigen Ausbau und der Elektrifizierung der Bahnstrecke von München über Mühldorf nach Freilassing? Die Liste lang geplanter und nicht umgesetzter ökologisch wertvoller Verkehrsprojekte in Bayern ließe sich deutlich erweitern. Frau Scharf, wie bedauerlich, dass Sie dieses so entscheidende Thema gänzlich ausgespart haben!

(Beifall bei der SPD)

Heute sind vor allem die Themen interessant, die Sie nicht angeschnitten haben. In ihrer Fraktion tobt gerade ein Machtkampf zu der Frage, ob die dritte Startbahn am Münchner Flughafen gebaut werden soll. Ich frage mich: Warum nutzen Sie als Umweltministerin heute eigentlich nicht die Gunst der Stunde Ihrer Regierungserklärung und stärken dem Ministerpräsidenten und den anderen Startbahngegnern im Freistaat Bayern den Rücken?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, als Umweltministerin haben Sie die Pflicht, auf die starke Zunahme an CO₂-Emissionen im bayerischen Luftverkehr hinzuweisen. Zwischen 1993 und 2012 hat sich der Schadstoffausstoß im bayerischen Luftverkehr mehr als verdreifacht. Wir wissen aus Studien, dass gerade der Flugverkehr wie kein zweiter Verkehrsträger ein Klimakiller erster Güte ist. Sie haben heute die Gelegenheit verpasst, Ihrer Heimatregion mit Fachexpertise zur Seite zu stehen und sich klar und fundiert gegen die dritte Startbahn auszusprechen.

Sie haben auch ein anderes wichtiges Mobilitätsthema verschwiegen, obwohl es im Jahr 2008 kurzfristig ein Schwerpunkt bayerischer Regierungspolitik sein sollte. Das ist das Thema Elektromobilität. Der Ministerpräsident höchstpersönlich hatte im Jahr 2008 angekündigt, dass aus Gründen des Klimaschutzes bis zum Jahr 2020 in Bayern 200.000 elektromobile Fahrzeuge auf Bayerns Straßen unterwegs sein werden. Wie viele sind es heute, sieben Jahre danach? – Es fehlen noch 196.000 elektromobile Fahrzeuge. Auf bayerischen Straßen fahren lediglich 4.000 elektromobile Fahrzeuge. Das ist ein Anteil von 0,05 %.

(Beifall bei der SPD)

Das Urteil des Bundesverbandes eMobilität und seines Präsidenten Kurt Sigl über die bayerische Elektromobilitäts-Politik ist eindeutig. So erklärte er gestern schriftlich - ich zitiere: Bayern ist und bleibt Schlusslicht beim Thema E-Mobilität. Das Ranking wird ganz klar von Baden-Württemberg angeführt vor Berlin und Niedersachsen. Weder bei den Fahrzeugen noch bei der Infrastruktur oder beim intermodalen Ansatz - das ist die Verbindung von Verkehrssystemen - kann Bayern in der Praxis punkten. Eine sogenannte Roadshow Elektromobilität, wie Bayern sie zum Beispiel den Kommunen anbietet, ist tatsächlich als Lachnummer zu bezeichnen - so der Präsident - und stellt den Stand der E-Mobilität vor vier Jahren dar. Er fügt hinzu: unfassbar. Frau Ministerin, tragen Sie dafür Sorge, dass das klimarelevante Thema Elektromobilität wie in den anderen Bundesländern wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr 2013 hat der Freistaat Bayern 1.800 neue Dienstfahrzeuge angeschafft. Darunter befanden sich ein Elektroauto und zwei Hybridfahrzeuge. Damit sind wir bei einem anderen wichtigen Thema, nämlich bei der umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung. Für rund 260 Milliarden Euro im Jahr kauft die öffentliche Hand in Deutschland von Bleistiften bis zu Bussen für den öffentlichen Personennahverkehr ein. In Deutschland umfasst das öffentliche Beschaffungswesen etwa 13 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Unterstützung der Umwelt- und Klimabelange in Form eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens hat ein großes Potenzial. Anders als andere Bundesländer verzichtet der Freistaat Bayern jedoch auf ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die SPD-Fraktion hatte erst in der letzten Legislaturperiode einen eigenen Entwurf für ein bayerisches Vergabegesetz eingebracht, das ausdrücklich auch ökologische Kriterien berücksichtigt, damit nicht zwingend der günstigste Anbieter bei der Vergabe vorne liegen muss, sondern auch der Anbieter eine Chance hat, der den Klima- und Umweltschutz im Angebotsportfolio hat.

Das Bundesumweltamt hat im Jahr 2014 die Regelungen der Bundesländer miteinander verglichen. Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen bekommen besonders gute Noten. Die schlechteste Note bekommt der Freistaat Bayern. Warum? – Die bayerischen Richtlinien enthalten keine verbindlichen Vorgaben zur Beschaffung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Ich frage Sie, Frau Umweltministerin: Wann gehen Sie das Thema in ihrer Fraktion und im Kabinett an? Wann kommt das ökologische Vergabegesetz Bayerns?

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, es ist unstrittig, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion innehat und diese auch wahrnehmen muss. Das gilt im Übrigen auch für die Regierung selbst und in ökologischen Fragen auch für die Umweltministerin und ihre Glaubwürdigkeit im Amt. Frau Ministerin, dieser Vorbildfunktion werden Sie nach einer Studie der Deutschen Umwelthilfe nicht gerecht. Die Umwelthilfe hat den Schadstoffausstoß der Dienstwagen aller Landesregierungen miteinander verglichen. Wie in den Vorjahren trägt auch im Jahr 2015 die Regierung des Freistaats Bayern die rote Laterne. Unter den Umweltministern fährt Umweltministerin Ulrike Scharf aus Bayern den unsaubersten Dienstwagen aller Umweltminister der Bundesrepublik. Frau Ministerin, das ist nicht gerade ein Nachweis für Ihre sprichwörtliche street credibility beim Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sprachen vom Jahrhundert des neuen Bewusstseins. Es stellt sich schon die Frage, ob Sie selbst in diesem Jahrhundert angekommen sind, wenn Sie nicht bereit sind, europäische Klimaschutzwerte einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist in Sachen Klimaschutz alles andere als ein Vorzeigeland. Der Klimaschutzpolitik der Regierungspartei CSU mangelt es an Ehrgeiz. Der politische Wille zum Handeln ist unterausgeprägt. Die heutige Regierungserklärung hat weder neue Erkenntnisse gebracht noch notwendige Maßnahmen eingeleitet. Die Ministerin kann man jedoch kaum dafür kritisieren, dass sie in Sachen Klimaschutz im Kabinett für fast nichts zuständig ist – nicht für die Landwirtschaft, nicht für den Verkehr, nicht für die Energiewende. Frau Scharf, Sie müssen sich jedoch wirklich vorhalten lassen, dass Sie Ihre Stimme nicht wahrnehmbar für den Klimaschutz erheben. Bei der Energiewende sind Sie stumm. Im Bereich Verkehr ist nichts von Ihnen zu hören. In der Landwirtschaft kommen keine wahrnehmbaren Kooperationsangebote für die Öffentlichkeit. Das gilt auch für die Gebäudesanierung. Sie sind nicht Feuer und Flamme für Ihr Thema.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie agieren mutlos und kraftlos. Deshalb haben Sie auch heute die Chance auf einen wuchtigen politischen Aufschlag verpasst. Wir bedauern das ausgesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz bewahrt als Lebens- und Zukunftsversicherung die Grundlagen unserer Heimat. Klimaschutz schafft gesellschaft-

lichen Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein ethisches Gebot. Papst Franziskus hat am 18. Juni in seiner Enzyklika "Laudato si" eindrucksvoll darauf hingewiesen: Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige sozioökologische Krise. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gehört der Klimaschutz ganz oben auf die politische Agenda im Freistaat, aber bitte nicht nur mit Lippenbekenntnissen, sondern mit ganz konkreten Maßnahmen. Frau Ministerin, wenn Sie diese einleiten, haben Sie uns gewiss an Ihrer Seite.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Martin Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist unbestritten, aber dass er mittlerweile so weit fortgeschritten ist, dass Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher, das Wasser schon bis zum Halse steht und Sie diese Debatte mit einer Themaverfehlung beginnen, wundert mich dann doch sehr.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ihr seid doch an der Regierung! Euch steht das Wasser bis zum Hals!)

Die Situation ist weit dramatischer. "200 Millionen Menschen auf der Flucht", diese Schlagzeile werden wir im Jahr 2050 haben. Diese Menschen werden nicht vor Krieg und Terror fliehen, sondern vor Dürren, vor Überschwemmungen oder weil das eigene Haus im Meer versunken ist. Bereits im Jahr 2010 waren 20 Millionen Menschen aus Gründen des Klimawandels auf der Flucht. Die Erderwärmung steigt, und der Meeresspiegel auch. Im 20. Jahrhundert stieg der Meeresspiegel um 17 Zentimeter, allein um 7 Zentimeter in den Jahren von 1993 bis 2014.

Das Jahr 2015 wird das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Der September 2015 war der wärmste September seit 1880. Längst sind die Themen Klimawandel und Erderwärmung nicht mehr nur Gegenstand abstrakter Expertendebatten. Der Klimawandel betrifft uns ganz konkret; denn die Menschen flüchten zu uns, weil ihnen vor Ort die Lebensgrundlage entzogen ist. Wir können die Augen vor der Herausforderung des Klimawandels nicht verschließen. Der Klimawandel betrifft auch uns in Bayern. Die Ministerin hat es angesprochen: Die Gletscher in den Alpen schmel-

zen. Extreme Wetterverhältnisse nehmen zu. Überschwemmungen, Dürren und Stürme werden häufiger.

Wie sich der Klimawandel in Bayern konkret niederschlägt, konnten wir im August in den Zeitungen lesen. Schlagzeilen wie "Trockenheit in Franken: Autowäsche verboten" oder "Folgen der Hitze: Gießverbot in Forchheim" wiesen auf die größte Trockenperiode in Teilen Frankens seit 40 Jahren hin. Noch dramatischer als bei uns wirkt sich aber die Situation in den großen Meeren aus.

Wir haben inzwischen auch den ersten Klimakrieg erlebt, er wurde nur anders bezeichnet. Ich spreche von der Piraterie vor Somalia. Durch die Erwärmung des Indischen Ozeans war es den Fischern an der somalischen Küste nicht mehr möglich, mit ihren primitiven Fangmethoden und ihren Fischernetzen Fische zu fangen. Die Fische haben sich in tiefere, kühlere Wasserschichten zurückgezogen. Damit wurde den Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Boote waren vorhanden, und Waffen waren leicht zu bekommen. So entstand die Piraterie vor Somalia. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen! Die Auswirkungen waren ganz konkret in Deutschland zu spüren. Unsere Bundeswehr war und ist deshalb vor der Küste Somalias im Einsatz.

Ein weiteres Beispiel ist der Pazifische Ozean. In zahlreichen Inselstaaten können die Menschen schon jetzt täglich beobachten, was eine weltweite Erwärmung des Klimas für sie bedeutet. Sie müssen zusehen, wie der Meeresspiegel steigt und ihre Inseln und Lagunen im Meer verschwinden. Im vergangenen Jahr hat Neuseeland deshalb zum ersten Mal dem Antrag einer Familie stattgegeben, die den Klimawandel als Asylgrund angegeben hat. In wenigen Jahrzehnten werden die etwa 11.000 Bewohner von Tuvalu keinen eigenen Staat mehr haben. Sie haben deshalb einen Vertrag mit Australien geschlossen. In Australien wird für sie ein Reservat eingerichtet. Ungeklärt ist dabei noch die Frage der Nationalität und des Status. Tritt Australien einen Teil seines Territoriums an die Bewohner ab? Behalten sie ihre Nationalität, oder werden sie australische Staatsbürger? Das bedeutet, in diesem Fall hat der Klimawandel sogar Auswirkungen auf die Grundlagen der Staatlichkeit. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen!

Blicken wir auf unsere kontinentalen Nachbarn. Blicken wir auf Afrika. Die dortige Bevölkerung wird bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen anwachsen. Im Jahr 2100 werden dort circa 4 Milliarden Menschen wohnen. Zugleich wird eine gleichbleibende Erderwärmung dazu führen, dass wir mehr Wüsten, mehr Dürren und weniger fruchtbares Land haben werden. Wenn mehr Menschen durch den Klimawandel auf